



Foto: Brücke-Osteuropa / Wikimedia Commons

Build Your Dreams: Das BYD Elektroauto e6 auf der High-Tech Fair in Shenzhen, 2009

Made in China

Die chinesische Variante des Grünen Kapitalismus

China wird als einer der größten Klimasünder attackiert. Dabei hat die Regierung sich ehrgeizige CO₂-Reduktionsziele gesetzt. Sie sind Teil einer planmäßig umgesetzten Wirtschaftsstrategie, die China bereits als Vorbild einer Green Economy erscheinen lässt. Doch wie passt das zum anhaltenden Wirtschaftswachstum?

von **Uwe Hoering**

► Der rigorose Wachstumskurs Chinas von exportorientierter Industrialisierung und intensiver Landwirtschaft seit den 1980er Jahren hat erhebliche Umweltprobleme wie Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung verursacht. Die staatliche Umweltbehörde SEPA errechnete 2005, dass sie das Land jährlich rund zehn Prozent des Bruttosozialprodukts kosten. Belastungen in der Landwirtschaft verringern die Getreideerträge nach Schätzungen um zehn Millionen Tonnen jährlich. Umweltprobleme sind damit auch politisch relevant, besonders, weil sie immer häufiger mit Protesten und Konflikten einhergehen.

Bereits frühzeitig hat der Staat darauf mit einer vergleichsweise umfassenden und strikten Umweltschutzgesetzgebung reagiert. Die Auflagen für Industriebetriebe wurden verschärft, hunderte von umweltschädigenden Fabriken geschlossen oder verlagert, der

Ausbau von Kläranlagen vorangetrieben. Allerdings wird bei weitem nicht alles, was die einflussreiche Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) plant, auch umgesetzt. Die Behörden sind schwach und besonders auf Provinzebene besteht nach wie vor ein Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichem Wachstum, den lokale Kader häufig zugunsten des Wachstums auflösen.

Bio-Agrarkapitalismus

► Ähnlich ist die Situation beim Verbraucherschutz. Hohe Belastungen von Lebensmitteln mit Agrarchemie, Antibiotika oder Zusatzstoffen lösen immer wieder Lebensmittelskandale aus. Bereits 1992 wurde ein erstes Green-Food-Zertifikat eingeführt (Lüse Shipin), das Produkte auszeichnet, die mit

weniger Agrarchemie angebaut werden. 2002 folgte die Kennzeichnung Wugonghai, die bestätigen soll, dass die Produkte frei von Schadstoffen und daher gesundheitlich unbedenklich sind. Das Green Food AA-Zertifikat schließlich entspricht weitgehend den strengen Kriterien des ökologischen Landbaus.

Mittlerweile wird nach offiziellen Angaben ein Viertel der Agrarfläche zertifiziert, auf mehr als 180.000 Produkten prangt eines der unterschiedlichen Ökolabels, was Beobachterinnen von einer »ökologischen Agrarrevolution« schwärmen lässt. Der weitaus größte Teil wird allerdings nach dem relativ schwachen Wugonghai zertifiziert. Die Kontrollen von landwirtschaftlichen Betrieben und Lebensmittelabriken sind zudem unzureichend, immer wieder fliegen gefälschte Label auf. Nahrungsmittelskandale etwa bei Milchprodukten, die mit Melamin versetzt wurden, gibt es auch weiterhin.

Außerdem ging der zertifizierte Verbraucherschutz nicht gleichermaßen einher mit einer breiten Förderung ökologischer Landwirtschaft. Die Millionen bäuerlichen Familienbetriebe erhalten für die schwierige Umstellungsphase kaum staatliche Unterstützung. Nutznießer der mit der Zertifizierung höheren Verkaufspreise sind daher vor allem

staatliche, genossenschaftliche und private Großbetriebe, die für zahlungskräftige städtische KonsumentInnen und den Export produzieren. Anders als in Europa, wo über die Bauern und Bäuerinnen die ökologische Landwirtschaft vorangetrieben wurde, wird in China die Öko-Wertschöpfungskette durch Agrarkonzerne, Vermarkter, Supermärkte und Exporteure, die das Profitpotential von Bio erkannt haben, »grün«. Die bäuerliche Landwirtschaft hat mit kleinen Feldern, ausgereizter Produktivität und den Umweltproblemen der intensiven Landwirtschaft zu kämpfen. Anstatt ihr eine neue Perspektive zu bieten, wird die ökologische Landwirtschaft Teil des agro-industriellen Strukturwandels. In den neuen Bio-Agrarkapitalismus werden nur wenige Kleinbäuerliche Betriebe als Vertragsproduzenten integriert sein.

Kaum gestillter Energiehunger

► Energieerzeugung in China basiert vor allem auf Kohle. Wasserkraft, überwiegend durch Großstaudämme, hat einen weiteren großen Anteil an der Stromerzeugung. Führend ist China zudem bei der Warmwassererzeugung durch Sonneneinstrahlung. Durch industrielle Entwicklung, Urbanisierung und individuelle Mobilitätskonzepte steigt der Energie- und Rohstoffbedarf ständig an. Bereits jetzt wird der Rohölbedarf mehr als zur Hälfte durch Importe gedeckt.

Anders als beim eher nachsorgenden, regulierenden Umwelt- und Verbraucherschutz geht die Regierung in Beijing beim Aufbau der Green Economy pro-aktiv vor: Spätestens seit dem 11. Fünfjahresplan (2006-2010) setzt sie verstärkt auf den Ausbau nicht-fossiler und erneuerbarer Energien. Neben neuen großen Wasserkraftprojekten, die oft auf lokalen Widerstand stoßen, werden zunehmend auch kleinere Kraftwerke gebaut. Zudem gibt es Pläne für mindestens hundert neue Atomkraftwerke, die nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima aber anscheinend einer Diskussion unterzogen werden. Vorangetrieben wird auch die Nutzung land- und forstwirtschaftlicher Biomasse und der Bau industrieller Biogasanlagen, die unter anderem mit den Rückständen der boomenden Tierfabriken betrieben werden sollen.

2005 wurde zudem das Ziel ausgegeben, die Energieintensität, die seit Anfang 2000 mit fast vier Prozent im Jahr stieg, bis 2010 um 20 Prozent zu verringern. Zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in Industrie, Transportbereich und Gebäuden wurden formuliert. Im laufenden 12. Fünfjahresplan (2011-2016) sind Investitionen in Höhe von 468 Milliarden US-Dollar in »greening key economic sectors« vorgesehen, mehr als doppelt so viel wie im vorherigen Plan. Die Schwerpunkte liegen bei Wiederverwertung, sauberen Technologien, Energieeffizienz sowie erneuerbare Energien.

Damit will China bis 2015 den Anteil der nicht-fossilen Energien am Primärenergieverbrauch von gegenwärtig 8,3 auf 16 Prozent verdoppeln. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Finanzkrise.

Vor allem der Ausbau der Windenergie wurde in den vergangenen Jahren vorangetrieben. Bereits 2005 verabschiedete die Regierung ein Gesetz zu erneuerbaren Energien und Umsetzungsmaßnahmen wie Netzeinspeisetarife. Das Gesetz bietet finanzielle Anreize und Absatzsicherheit durch die Verpflichtung für Netzbetreiber, den Strom von Erzeugern erneuerbarer Energien zu beziehen. Nach Angaben der bei der UN-Umweltorganisation UNEP angesiedelten Green Economy Initiative (GEI) verdoppelte sich daraufhin die zusätzlich installierte Kapazität für Windenergie von 2005 bis 2009 jährlich. Im zweiten Halbjahr 2011 liegt China mit einer Kapazität von über 52

Gigawatt nach Angaben der World Wind Energy Association einsam an der Weltspitze.

Auch bei der Suche nach alternativen Energiequellen für die rasch wachsende Fahrzeugflotte wird Druck gemacht, ist doch die Autoindustrie und der weiterhin rasch steigende Absatz im Land selbst ein wesentlicher Motor des Wirtschaftswachstums. Bei neuen Antriebssystemen für Autos setzt die Regierung derzeit vor allem auf Hybrid- und Elektromotoren. Für einen großflächigen Anbau von Energiepflanzen wie Cassava, Sorghum oder Ölsaaten fehlen nicht nur Land und Wasser, sondern vorerst auch der politische Wille, für die Energieversorgung die Ernährungssicherheit zu gefährden. Möglicherweise wird aber der Bedarf an Agrartreibstoffen weiter steigen und sich in Investitionen chinesischer Agrarunternehmen in Nachbarländern, Afrika und Lateinamerika niederschlagen, verbunden mit dem vielfach kritisierten Land Grabbing. Auch die noch unausgereifte Äthanol-Produktion aus Zellulose könnte eine stärkere Rolle spielen, zumal China ein wichtiger Holzimporteur ist und die eigene Forstindustrie ausbaut.

Attraktiv für InvestorInnen

► Diese Entwicklungsperspektiven ziehen ausländisches Kapital an: Nach einer Studie der Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg überholte China die USA in der Liste der attraktivsten Länder für Projekte im Bereich erneuerbare Energien. Allein 2010 investierten demnach ausländische Banken und Versicherungsgesellschaften rund 54 Milliarden US-Dollar in chinesische Ökokraftwerke und Biotreibstoffanlagen. Dies sei erstmals mehr gewesen, als sie in den bisherigen »grünen« Leitmärkten USA und Europa angelegt haben.

Sinohydro hat die Hälfte des Weltmarkts für neue Wasserkraftprojekte erobert

Wind-, Wasser- und Sonnenenergie passen nicht nur in eine post-fossile Ressourcenstrategie, die lokale und erneuerbare Energieträger nutzt und sich aus globalen energieintensiven Versorgungsketten partiell zurückzieht. Sie passen vor allem zur Strategie der chinesischen Regierung, nach der langen Phase der Exportorientierung nun für die nächste Wachstumsphase den Binnenmarkt zusätzlich zu entwickeln. Diese Ausweitung ist mit einer zunehmenden Abkehr von Billigproduktion hin zu neuen Technologien und Hightech-Industrien verbunden, wie bereits im IT-Bereich erfolgreich demonstriert wurde. Sie schlägt sich in stark wachsenden Forschungsausgaben für neue Technologien nieder, auch für Gen- und Biotechnologie.

Ein grünes Wachstum soll zudem Arbeitskräfte, die durch den Strukturwandel in Industrie und Landwirtschaft freigesetzt werden, auffangen. Und schließlich soll das Wachstum helfen,

die Armut im ländlichen China und das wachsende Stadt-Land-Gefälle zu mindern.

Ein Beispiel für diese Umorientierung ist die Solarenergie: Zwar hat China bei der Herstellung von Solarzellen weltweit einen Marktanteil von über 45 Prozent, doch die eigene Erzeugung von Solarstrom ist gering. Das soll sich ändern: Nach Angaben von GEI seien zahlreiche Großprojekte für insgesamt 12 GW geplant, nach Bloomberg soll die Erzeugung bis 2020 auf 20 GW gesteigert werden. Man darf gespannt sein, wie sich die größere Selbstversorgung auf die bisherigen Abnehmerländer auswirken wird.

Diese Frage machte bereits weltweit Schlagzeilen, als China kürzlich verkündete, den Export von Seltenen Erden zu drosseln. Da sie als Rohstoff für zahlreiche neue Technologien notwendig sind, sahen viele BeobachterInnen darin einen Versuch, sich Konkurrenzvorteile zu verschaffen. China geht es aber auch um die Versorgung mit dem strategischen Rohstoff für den Ausbau der eigenen Wirtschaft. Inzwischen hat sich der Sturm der Entrüstung etwas gelegt, weil sich abzeichnet, dass zumindest mittelfristig Lagerstätten in anderen Ländern, darunter den USA, entdeckt, wieder hochgefahren oder erschlossen werden können.

Chinesische Greenwashing

► China bemüht sich, den Eindruck zu erwecken, dass es den Gegensatz von Ökonomie und Ökologie produktiv integrieren kann. Die Zentralregierung in Beijing verspricht, durch saubere Technologien »eine neue wirtschaftliche Struktur aufzubauen, die es uns erlaubt, Wachstum und Erhaltung der Natur zu verbinden«. Grüne Ökonomie als Entwicklungsstrategie hat zahlreiche Vorzüge: Sie fördert einen Technologie- und Wachstums-

schub und bindet Parteikader ein, die bislang umweltpolitische Vorgaben im Interesse von Wirtschaftswachstum unterlaufen. Ob sie erfolgreicher sein wird als beispielsweise die konventionelle Umwelt- oder Verbraucherschutzpolitik, wo Plan und Realität weit auseinanderklaffen, bleibt abzuwarten. So meldet das Worldwatch Institute, dass bislang nur ein Drittel der installierten Windkraft-Kapazität ans Netz angeschlossen sei. Es gebe zahlreiche Beispiele für Greenwashing, so das US-amerikanische Institut, Und auch das Ziel, bis 2010 die Energieintensität um 20 Prozent zu senken, wurde nur zu zwei Drittel erreicht.

Die chinesische Variante der Green Economy ist zudem sicher keine »Post-Wachstumsstrategie«. Damit bleiben die bekannten Probleme, dass höhere Energieeffizienz, Ressourceneinsparungen und sinkende Emissionen je Einheit des Bruttosozialproduktes durch Wachstumseffekte wieder aufgefressen werden (Rebound-Effekt). So floss der größere Teil des Stimuluspakets des Fünfjahresplanes in den Ausbau konventioneller, energieintensiver Industrien. Bis 2030 könnten mit 330 Millionen Fahrzeugen in China mehr

Autos als in den USA fahren. Und auch Elektroautos brauchen Straßen oder verursachen Staus. Nur halbherzig sind die Versuche, zum Beispiel in Beijing durch Zulassungsquoten den Anstieg zu bremsen und den Kollaps durch begrenzte Fahrverbote, den Ausbau des Straßennetzes und Planungen für eine S-Bahn aufzuhalten. Ebenso sind große Staudämme oder Atomkraft alles andere als sozial und ökologisch nachhaltig.

Klimaschutz ist denn auch nicht der Anlass für diese Politik, sondern – bestenfalls – eine Folge. Ihr Hauptziel ist, Unternehmen durch staatliche Unterstützung in die Lage zu versetzen, profitabel in grüne Technologien zu investieren und damit die Wachstumsraten, die für die politische Legitimation zentral sind, aufrecht zu erhalten.

Es geht um Wirtschaftsförderung zur Herrschaftssicherung. Die Regierung verknüpft die grüne Agenda konsequent damit, China zu einer globalen Führungsmacht für ‚umweltfreundliche‘ Technologien zu machen. Schon jetzt hat das Land mit Hilfe massiver staatlicher Förderung nach Angaben von Sinohydro, dem größten chinesischen Staudambauer, die Hälfte des Weltmarkts für neue Wasserkraftprojekte er-

obert. Von NGOs wie der Staudamm-kritischen US-amerikanischen Lobbyorganisation International Rivers hat sie sich bei der Ausarbeitung von sozialen und ökologischen Standards beraten lassen. Auch als Produzent von Windrädern hat China die Marktführerschaft erobert. Mittlerweile sind mit Unternehmen wie Sinovel Wind, Goldwind und Dongfang Hersteller entstanden, die europäischen und US-amerikanischen Unternehmen erfolgreich Konkurrenz machen. Und Dank der massiven Unterstützung durch die Regierung könnten einheimische Autofirmen wie BYD (Abkürzung für Build Your Dreams) oder Geely bei neuen Antriebssystemen die Marktführung übernehmen und schon bald mit den Auto-giganten des Westens konkurrieren.

Es sieht so aus, als wäre Chinas Green Economy-Strategie tatsächlich ein Modell für den realen grünen Kapitalismus, das weitaus konsequenter umgesetzt wird als in vielen anderen Ländern. Eben nach Plan. Die Green Economy-Entwicklung vieler Länder könnte zukünftig Made in China sein.

Klimaschutz ist nicht der Anlass für die neue Politik, sondern bestenfalls eine Folge

► **Uwe Hoering** ist freiberuflicher Publizist und betreibt den Themendienst www.globespotting.de, der sich unter anderem mit landwirtschaftlicher Entwicklung in China beschäftigt.



Eine vollständige Liste der seit 1970 erschienenen Hefte findet sich unter www.iz3w.org

Einzelheft: € 5,30
Heft 298 bis 309: € 4,- / ältere Hefte: € 3,-

iz3w-Backlist

- 326: LGBTI gegen Homophobie
- 325: Chinas roter Kapitalismus
- 324: Revolte in der arabischen Welt
- 323: Islamdebatte
- 322: Verteilungskämpfe
- 321: FrauenKörper
- 320: Was bewegt Zentralamerika?
- 319: Afrika postkolonial
- 318: Alte und neue Grenzregimes
- 317: US-Außenpolitik in alten Mustern
- 316: Südafrika abseits der WM
- 315: Digitale Welten
- 314: Zentralasien post-sowjetisch
- 313: Gender & Krieg
- 312: Nazi-Kollaboration
- 311: Iran
- 310: Politik des Hungers
- 309: Arbeit macht das Leben schwer
- 308: Literatur in der Türkei
- 307: 60 Jahre Menschenrechte
- 306: Panafrikanismus oder Nationalstaat
- 305: Die Misere der Klimapolitik
- 304: Kriege in Afrika
- 303: Die Politik der Indigenität



direkt bestellen beim iz3w

Postfach 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · Fax -70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org